

China: Wirtschaftliche Reformen und mehr Menschenrechtsverletzungen

Zum Auftakt einer breit angelegten Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen in China veröffentlichte amnesty international im März eine Untersuchung über die Menschenrechtslage in China. Das Ergebnis: Trotz weitreichender wirtschaftlicher Reformen und einer Öffnung nach Westen geschähen „Menschenrechtsverletzungen in massivem Umfang“. Der Wirtschaftsboom hat zwar einige Teile der Bevölkerung reicher gemacht, gleichzeitig betreibt Peking aber eine systematische Verfolgung der politischen Opposition.

Von den Übergriffen des Machtapparates sei jeder betroffen: prominente Intellektuelle, Geschäftsleute, Mitglieder religiöser Gruppen und kleine Kinder in Tibet, heißt es in dem Bericht mit dem Titel „Niemand ist sicher: Politische Unterdrückung und Machtmißbrauch in den 1990ern“. Brutale Folter sei in Gefängnissen an der Tagesordnung, obwohl das chinesische Gesetz sie untersagt. Die Zahl der staatlichen Hinrichtungen sei in China im Jahr 1994 dreimal so hoch gewesen wie im Rest der Welt zusammen: Tausende Menschen würden jedes Jahr exekutiert, oft aufgrund gewaltloser Vergehen.

Die Menschenrechtsorganisation kritisiert die Haltung westlicher Regierungen gegenüber China: Sie unterließen es, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, um ihre Investitionschancen nicht zu gefährden. Auch dadurch verschlechtere sich die Menschenrechtslage zusehends. „Die harte Realität ist, daß die Unterdrückung in den vergangenen Jahren zugenommen hat und die Regierung brutal gegen jeden vorgeht, der etwas tut, was als Bedrohung für die Ordnung angesehen wird“, meint amnesty. „Die Tatsache, daß die internationale Gemeinschaft die Menschenrechte eines Fünftels der Menschheit ignoriert, schickt eine besorgniserregende Botschaft“, heißt es in einer Erklärung von ai-Generalsekretär Pierre Sane, der die Haltung der Regierungen als „diplomatisches Menschenrechtstheater“ kritisiert. China entwickle sich zu einer wirtschaftlichen und strategischen Macht, nicht nur in Asien, sondern global. Es müsse endlich auch seine „globale Verantwortung“ tragen. *bs*



Tibet: Weniger Druck aus dem Westen — härtere Maßnahmen gegen die Tibeter

Tibet ist von der verstärkten Unterdrückung durch die chinesischen Machthaber massiv betroffen. Dies geht aus einem Ende März vorgelegten gemeinsamen Bericht der Organisationen *Tibet Information Network* (TIN) und *Human Rights Watch/Asia* hervor, der die Jahre 1994 und 1995 bilanziert. Die Autoren sprechen von einem „dramatischen Anstieg“ der Zahl politischer Gefangener in Tibet. Sie stützen sich auf 1000 Zeugenaussagen aus den vergangenen fünf Jahren.

Auf einer Konferenz in Peking im Juli 1994 hätten die Machthaber eine noch härtere Gangart in Tibet beschlossen, heißt es in dem Bericht. Aus Sicht vieler Tibeter sind die westlichen Regierungen an der Verschlechterung der Situation nicht unschuldig: Die Minderung des internationalen Drucks in puncto Menschenrechte — vor allem durch die Regierungen Deutschlands und Frankreichs — habe Peking ermutigt, harte Maßnahmen wirklich durchzusetzen. Der Entscheidung Washingtons 1994, die Handels- und Menschenrechtspolitik gegenüber China voneinander abzukoppeln, folgte ein verschärftes Vorgehen gegen die tibetische Opposition. So haben die Machthaber in den letzten beiden Jahren in Tibet mehr Menschen verhaftet, Maßnahmen für die innere Sicherheit verschärft, Strafen für politische Vergehen verlängert, die Kontrolle über die Klöster verstärkt, von Tausenden von Tibetern Loyalitätsbekundungen verlangt und die politische Erziehung in den Schulen intensiviert.

Bis zum Januar 1996 lagen beiden Organisationen die dokumentierten Fälle von 610 Tibetern vor, die als Gegner des chinesischen Regimes in Haft sind. Das Schicksal von weiteren 80 namentlich bekannten politischen Gefangenen sei unbekannt. In chinesischen Gefängnissen in Tibet gibt es derzeit „mehr politische Gefangene als in allen Jahren zuvor“ seit 1990, als erstmals Listen angefertigt wurden. Die Mehrzahl der Häftlinge seien Nonnen und Mönche unter 30 Jahren, schreiben die Verfasser. Sie würden regelmäßig geschlagen und gefoltert. Angeklagt sind sie meistens aufgrund ihrer Treue zum Dalai Lama und ihres Rufs nach Unabhängigkeit Tibets. In ländlichen Regionen werden immer mehr Arbeitslager errichtet. Tibeter werden gezwungen, jahrelang ohne Lohn in staatlichen Minen, im Straßenbau oder bei Bewässerungsprojekten zu arbeiten. Damit unterstützen sie unfreiwillig das ehrgeizige Wirtschaftswachstumsprogramm in Tibet, das eine forcierte Einwanderung von Chinesen ermöglicht. *bs*

Kommunisten kontrollieren religiöses Leben in Tibet

Erklärtes Ziel der Kommunisten ist es seit einiger Zeit, die buddhistische Religion in Tibet weiter unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Aktivitäten zielen auch darauf ab, den Dalai Lama nicht nur als politischen Führer, sondern auch als religiöses Oberhaupt der Tibeter zu diskreditieren. Mit einem harten Durchgreifen auch im religiösen Bereich ist nach Einschätzung des *Tibet Information Network* (TIN) die 15-jährige Politik zu Ende gegangen, die den Tibetern einen gewissen Spielraum in religiösen Belangen eingeräumt hatte.

Die *International Campaign for Tibet* widerlegt in einem Mitte April erschienenen Bericht die im Westen vielerorts kursierende Einschätzung, daß die Tibeter trotz politischer Unterdrückung religiöse Freiheiten genießen würden. Die Kommunisten arbeiteten seit einigen Jahren daran, nicht nur politische Aktivitäten, die von den Klöstern ausgehen, zu verhindern, sondern die buddhistische Religion generell einzudämmen. Die offizielle Tageszeitung *Tibet Daily* beklagt „die negativen Einflüsse der Religion“ und fordert vermehrte Anstrengungen, Nonnen und Mönche „umzuerziehen“ und die Kontrolle über die Klöster zu verschärfen.

Neue Klöster dürfen nur mit Erlaubnis der Behörden entstehen, und die Anzahl der Nonnen und Mönche wird staatlich reguliert. Junge Tibeter, die ins Kloster gehen wollen, müssen viele Prozeduren über sich ergehen lassen, mit Hilfe derer staatliche Stellen die Kandidaten auf ihre politische Gesinnung abklopfen. Offizielle Ämter sollen in allen Klöstern nur noch Personen bekleiden, die als „Patrioten“ eingestuft werden. Im Juni letzten Jahres wurde ein Team von Offiziellen gebildet, das alle Tempel und Klöster zu registrieren und auf ihren „legalen Status“ hin zu untersuchen hat. Auch hat die Partei für jedes Kloster ein „Demokratisches Management Komitee“ eingerichtet, das Entscheidungen der Regierung durchsetzt und die Partei über die Vorgänge im Kloster auf dem laufenden hält. Das Komitee beauftragt sog. „Arbeits-

teams“, die Versammlungen in den Klöstern abhalten, um Nonnen und Mönche auf die Parteilinie einzuschwören. Ein Schlüsselement zur Kontrolle besteht darin, Mönche und Nonnen, die sich politisch engagieren, aus dem Kloster auszuschließen. Wie das *Tibet Information Network* im März 1996 berichtete, haben die Behörden Ende letzten Jahres in ländlichen Regionen West-Tibets sogar zwei Klöster geschlossen.

Eine Hauptaktivität der kommunistischen Partei richtet sich gegen den Dalai Lama als religiöses Oberhaupt der Tibeter. In den Jahren zuvor hatte Peking sich darauf beschränkt, den Dalai Lama als politischen Führer zu bekämpfen. Nun haben die Machthaber Chinas sich zum Ziel gesetzt, den Einfluß des Dalai Lama auf religiöser Ebene zu untergraben. Der *Tibet Daily* schrieb zu den neuen Vorhaben: „Der Dalai Lama ist nicht länger ein religiöser Führer, der den Massen Glück bringen kann, sondern eine Person, die sich gegenüber Vaterland und Volk schuldig gemacht hat“.

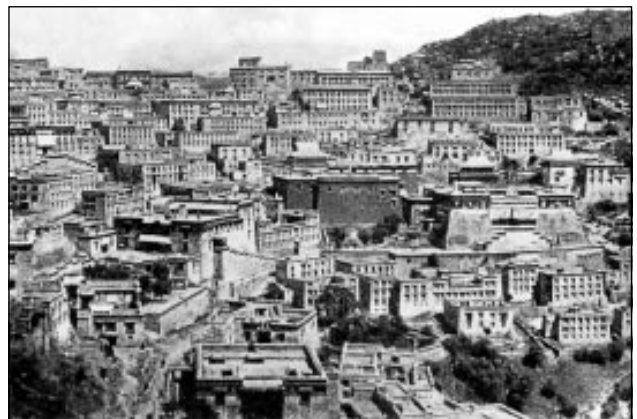
Mitte April 1996 sind in Tempeln und Klöstern sowie in Hotels und Restaurants der tibetischen Hauptstadt Lhasa Fotos vom Dalai Lama entfernt worden. Polizisten in Zivil haben die Tibeter angewiesen, die Fotos abzunehmen. Ein Tourist erzählte, daß eines der wenigen Fotos, die in der Öffentlichkeit noch zu sehen wären, ein Bild des Dalai Lama im Potala sei. Bereits zwei Wochen vor der Polizeiaktion war in der *Tibet Daily* zu lesen: „Das Aufhängen von Dalai Lama-Portraits in Tempeln sollte schrittweise verboten werden“. Tibetkenner betrachten es als ungewöhnlich, daß ein solcher Beschluß in der Zeitung veröffentlicht wird. Normalerweise würden unpopuläre Maßnahmen an einem Ort durchgeführt und dann langsam ausgedehnt, wenn sich wenig Protest regt. In diesem Fall scheinen Chinas Machthaber davon auszugehen, daß ein vorsichtiges Vorgehen nicht notwendig ist und sie die Situation vollständig unter Kontrolle haben. *bs*

Dramatische Zuspitzung nahe Lhasa: Kloster Ganden geschlossen

Zu harten Auseinandersetzungen zwischen tibetischen Mönchen und der chinesischen Polizei ist es am 7. Mai 1996 in einem der bedeutendsten Klöster Tibets, in Ganden, gekommen: Die Mönche weigerten sich der Aufforderung nachzukommen, Bilder des Dalai Lama abzunehmen.

Wie das *Tibet Information Network* (TIN) am 24. Mai berichtete, hätten einige junge Mönche aus Ganden versucht, mit den Sicherheitsbeamten über das Verbot, Bilder

Das alte Kloster Ganden (Foto) wurde von der Roten Armee fast völlig zerstört. Die Kommunisten machen sich nun zu Herrschern des teilweise wieder aufgebauten Klosters.



des Dalai Lama aufzuhängen, zu diskutieren. Als diese nicht reagierten, hätten sie die Beamten umzingelt, mit Steinen nach ihnen geworfen und zwei Chinesen minutenlang geschlagen, ehe ältere Mönche zu Hilfe eilten und ihnen Erste Hilfe leisteten. Nach Aussagen eines französischen Touristen, der das Geschehen beobachtete und fotografierte, hätten 100 weitere Mönche freudig zugeschaut. Einige Zeit später sind Polizeieinheiten in Ganden eingerückt. Nach Angaben von *amnesty international* und *TIN* wurden drei Mönche angeschossen und schwer verletzt, ein vierter Tibeter befindet sich in einem kritischen Zustand, 40 Mönche sind verhaftet worden. Am 14. Mai seien in einem Krankenhaus in Lhasa mit Polizeieskorte zwei Lastwagen mit Verwundeten, unter ihnen viele junge Nonnen, eingetroffen. Unruhen im Zusammenhang mit dem Verbot von Dalai Lama-Bildern seien an vielen Orten ausgebrochen und hätten insgesamt zu 80 Verhaftungen geführt. *TIN* berichtet, daß in Privatwohnungen zumindest in einem Teil Lhasas Hausdurchsuchungen nach Dalai Lama-Fotos vorgekommen seien.

Offizielle Stellen bestätigten, daß es Auseinandersetzungen gegeben habe und gaben bekannt, daß Ganden für die nächsten drei Monate geschlossen würde. Auch Drepung, das drittgrößte Kloster in Tibet, wurde geschlossen.

600 Mönche hätten Ganden verlassen, wobei unklar ist, ob sie freiwillig gingen oder gezwungenermaßen. Offenbar hat die Regierung am 9. Mai 1996 vor 1200 Parteikadern in Lhasa eine dreimonatige Kampagne gegen „Separatisten und Kriminelle“ gestartet, um die Anhänger des Dalai Lama in die Knie zu zwingen. *bs*

Nomaden vom Hungertod bedroht

Die wochenlangen Schneestürme dieses Winters in den Provinzen Qinghai und Sichuan (Tibet und Buddhismus 2/1996) hatten katastrophale Folgen: Viele Nomaden litten Hunger. Nach Angaben der Organisation *Medecins Sans Frontieres* (Ärzte ohne Grenzen) im April haben 24.000 Menschen ihr Vieh verloren. Jeden Tag verenden 6000 Tiere. Wenn diese Situation anhält, ist der Bestand von 1,5 Millionen Tieren gefährdet. Da die meisten Nomaden hauptsächlich von der Viehhaltung leben, würden Zehntausende ihre Lebensgrundlage verlieren und vom Hunger bedroht sein. In manchen Regionen gibt es überhaupt keine Lebensmittel mehr. Die chinesische Luftwaffe hat Nahrungsmittel und Brennstoff verteilt. 1,2 Millionen Dollar kamen für die Versorgung der Bevölkerung durch Hilfsleistungen aus dem Ausland zusammen. Davon steuerte die Europäische Union über die „Ärzte ohne Grenzen“ 715.000 Dollar bei.

Spenden direkt an *Ärzte ohne Grenzen*, Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 97097, BLZ 380 500 00, Stichwort: Schneesturmopfer Tibet. *bs*

Same procedure... UN festigt Chinas Sonderstatus

„**No action**“ lautete auch in diesem Jahr das Zauberwort, mit dem Chinas Machthaber eine UN-Resolution über die Menschenrechtssituation in ihrem Land abwehren konnten. In der Resolution hätte China wegen der Verfolgung von Oppositionellen und der Unterdrückung der tibetischen Kultur verurteilt werden sollen.

China erreichte am 23. April 1996 mit dem Antrag auf Nicht-Befassung, daß die Initiative, ausgehend vor allem von der Europäischen Union, den USA und Japan, gar nicht erst zur Abstimmung gelangte. Damit konnte sich Peking im sechsten Jahr in Folge einer Verurteilung durch die UNO entziehen. Der Antrag der chinesischen Delegation wurde mit 27 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. „Diese Position ist eine offene Ermutigung für die chinesische Regierung, weiterhin ungestraft die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten in Tibet und China zu verletzen,“ sagte Kasur Lodi G. Gyari, Leiter der tibetischen Delegation in Genf.

Wie bereits im Jahr zuvor suchte China Unterstützung besonders bei den Entwicklungsländern. Der chinesische Botschafter Wu Jianmin sagte in Genf: „Dieser politisch motivierte Resolutionsentwurf kann, obwohl hübsch verpackt, nicht seine Anti-China-Natur verbergen. Er ist nicht nur gegen China, sondern gegen alle Entwicklungsländer gerichtet“. Selbstbewußt wie immer war zu hören: „Das chinesische Volk wird an dem Weg festhalten, den es gewählt hat, egal wie viele Anti-China-Resolutionen der Westen in Zukunft noch sponsern wird“.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat das Scheitern der Resolution scharf kritisiert. Das Votum stelle „ernsthaft in Frage, ob das renommierteste Menschenrechtsgremium der UN wirksam funktionieren kann“, sagte eine Sprecherin der Organisation in Genf. „Wir sind tief besorgt über die möglichen Auswirkungen der Abstimmung auf friedliche Dissidenten in China und Tibet, die den Preis für die Untätigkeit der UN zahlen könnten“. Die Unterdrückung in China und Tibet hat in den letzten Monaten noch zugenommen - auch angesichts der Tatsache, daß die chinesischen Führer keine Konsequenzen auf internationaler Ebene zu befürchten haben. Die tibetische Exilregierung beklagte ebenfalls die „selektive“ Politik der Vereinten Nationen, wenn es um einflußreiche Länder wie China gehe. In Genf wurden staatliche Morde oder die Unterdrückung der Opposition in Ländern wie Irak oder Nigeria angeprangert, während China oder auch die Türkei Milde genossen. „Wenn die Vereinten Nationen China weiterhin in dieser Weise begünstigen, tragen sie zur Bedrohung der kulturellen, religiösen und nationalen Identität der sechs Millionen Tibeter bei“, hieß es in einer Presseerklärung aus Dharamsala. *bs*

Ferien in Kumbum

„*Hochlandegend, kulturelle Relikte im Überfluß*, mystischer Tibetischer Buddhismus und exotische Volksbräuche sind zu reizvollen Touristenattraktionen für Einheimische und Ausländer geworden“, schwärmt die tibetische Nachrichtenagentur Xinhua. Mit Unterstützung der Chinesen entsteht in Tibet gerade eine „Multi-Millionen-Dollar Tourismusindustrie“, die im letzten Jahr rund 30.000 Ausländer und 20.000 Chinesen anlockte und Devisen im Wert von 11,3 Millionen Dollar einbrachte.

Aufgrund einer modernisierten Infrastruktur sind einige bedeutende Stätten Tibets nun leichter zugänglich als früher. Einige Klöster wurden mit Unterstützung der chinesischen Behörden und der tibetischen Bevölkerung restauriert — zum Beispiel das Kloster Kumbum in der Provinz Qinghai. Eine gepflasterte Straße mit Straßenlampen verläuft quer durch die Klosterstadt, in der früher 3000 Mönche lebten. Die berühmten Skulpturen des Klo-



Vom religiösen Heiligtum zur Touristenattraktion: Tsongkapa-Statue an seinem Geburtsort Kumbum

stern sind nun hinter Glasscheiben zu besichtigen. Zwei Gebetsmühlen dienen als Hintergrund, vor dem sich die chinesischen Touristen in tibetischen Kostümen fotografieren lassen.

Die chinesischen Behörden wollen in Zukunft weitere Anstrengungen unternehmen, den Tourismus als Einnahmequelle auszubauen. Dieser Wirtschaftszweig wächst in China insgesamt noch schneller als das Bruttosozialprodukt — mit erwarteten Wachstumsraten von 11 bis 13 Prozent bis zum Jahr 2000. *bs*

Aufbruch in Bonn und Peking: Internationale Tibet-Konferenz in Bonn

Kurz vor Redaktionsschluß geht Tibet durch die Schlagzeilen der Presse: Druck aus China (Focus 22/96), Spranger sperrt Bundesmittel für Weltkonferenz der Tibeter: Entwicklungshilfeminister hat außenpolitische Bedenken/ Hessens CDU rüffelt Bonn/ Naumann-Stiftung hofft auf Spenden, Tibetern die Berlin-Reise verwehrt (Frankfurter Rundschau 1.& 7.6.96), Bis zur Erpressung (Die Welt 7.6.96), Mehr Mut. Klaus Kinkel gab dem Regime in Peking nach — und gerät erneut in Konflikt mit dem Bundestag (Spiegel 24/96).

In Tibet hat man zur gleichen Zeit ganz andere Sorgen: Die Unterdrückung wird verschärft, die chinesischen Machthaber greifen immer unverhohlener in religiöse Angelegenheiten ein: Am 31.5.96 inthronisierten sie im Kloster Taschi Lhunpo in Schigatse einen tibetischen Jungen ihrer Wahl zum Panchen Lama. *Tibet Daily* berichtete, daß dem Dalai Lama nunmehr ein kompromißloser „Kampf auf Leben und Tod“ angesagt sei. Die Klosteruniversitäten Ganden und Drepung wurden vorerst geschlossen.

Doch weder für die chinesischen Machthaber noch für die Bundesregierung scheinen hier die Tibeter die Leidtragenden zu sein. Für die VR China ist der Friedensnobelpreisträger ein Vaterlandsverräter, und in der deutschen Presse heißt es: Tibets Dalai Lama spaltet die FDP (taz 7.6.96), Tibeter entzweien Kinkel und Lambsdorff (Hamburger Abendblatt 4.6.96), Kinkels Reise nach Peking findet nicht statt/ Politische Beziehungen zwischen China und Bonn wegen Tibet-Tagung gespannt — Stiftung soll den Dalai Lama wieder ausladen (Handelsblatt 3.6.96). Und schließlich sind das Bundeskanzleramt und

das Auswärtige Amt ja auch gar nicht zuständig für Menschenrechte. Dafür hat man doch den Unterausschuß für Menschenrechte im Deutschen Bundestag. Wer hat denn bei der Abschließung von Wirtschaftsverträgen auch noch Zeit, sich mit Menschenrechtsfragen zu beschäftigen?

So traurig und hilflos auch manchmal all diese Meldungen und die unnachgiebige Haltung der VR-China machen, etwas Gutes haben sie zumindest: Wieder einmal hat das chinesische Generalkonsulat durch seinen Druck auf die Bundesregierung gute PR-Arbeit für Tibet geleistet und das internationale Interesse auf die 2. Internationale Konferenz der Tibet Unterstützerguppen gelenkt, die vom 14. bis 17. Juni 1996 im Bonner Wasserkwerk stattfindet. Die Veranstalter sind die Friedrich-Naumann-Stiftung und die tibetische Exilregierung. Eröffnet wird die Konferenz am 15. Juni von S. H. dem Dalai Lama. Obwohl die Bundesregierung ihre finanzielle Unterstützung gestrichen hatte und das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt forderten, man solle die Konferenz absagen oder zumindest den Dalai Lama und die Regierung der Tibeter im Exil ausladen, hielt die Friedrich-Naumann-Stiftung an der Durchführung fest. Sie schaltete Spendenaufrufe in vielen bekannten Tageszeitungen und warb so um finanzielle Unterstützung.

Erwartet werden 263 Vertreter der Tibet-Unterstützerguppen aus 53 Ländern. Ziel der Konferenz ist es, eine gemeinsam abgestimmte Strategie zur Bewahrung der tibetischen Kultur, Sprache und Religion sowie zur Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts des tibetischen Volkes zu verabschieden. Dazu gehört die Entwicklung neuer Initiativen zur Mobilisierung der Weltöf-

fentlichkeit für die Anliegen der Tibeter. Entwicklungsprojekte in Tibet, die die tibetische Kultur oder die Umwelt gefährden, sollen mit einer gezielten Strategie verhindert werden. Weiterhin sollen neue Instrumente der Kommunikation und Koordination zwischen der Exilregierung und den Tibet-Support-Groups weltweit vereinbart werden. Den Ergebnissen der Konferenz, über die wir in der nächsten Ausgabe von *Tibet und Buddhismus* berichten werden, darf man gespannt entgegensehen. Immerhin hat die erste Konferenz von Tibet-Unterstützern in Dharamsala im März 1990 zu der weltweiten Gründung und Koordination von 350 Tibet Support Gruppen geführt, die sich für ein freies Tibet einsetzen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung, so in ihrer Presseerklärung, will mit dieser Konferenz „auch dem Bemühen des Deutschen Bundestages Rechnung tragen“, der sich in einem interfraktionellen Antrag im April dieses Jahres für mehr Rechte für das tibetische Volk einsetzte und für eine Unterstützung des Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung wirbt. Spenden bitte unter dem Stichwort „Tibet“ an die Friedrich-Naumann-Stiftung, Commerzbank Siegburt, BLZ 38040007, Kto. 3335544. *cr*

Aufgeschnappt

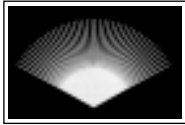
200 französische Parlamentarier haben sich in einem Appell für Tibet eingesetzt. Sie fordern u.a. das Ende der Menschenrechtsverletzungen in Tibet, Verhandlungen zwischen Peking und der tibetischen Exilregierung sowie die internationale Anerkennung des Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung als rechtmäßige Repräsentanten des tibetischen Volkes.

500.000 Chinesen werden in Tibet angesiedelt, um in den großangelegten Bergbau-Projekten der Regierung zu arbeiten. Geplant ist die Errichtung von mehreren Bergbaustädten mit je circa 100.000 chinesischen Siedlern.

Die indische Regierung verweigerte Martin Scorsese und Jean Jacques Annaud die Genehmigung, für ihre Filme über den Dalai Lama in Indien zu drehen. Sie befürchtet Irritationen im Verhältnis zu China.

Computer machen vor dem Potala nicht halt: Die Qinghua-Universität von Peking bereitet eine Reihe von CDs vor, auf denen die Architektur und Kultur des Palastes präsentiert werden.

Kongreß: Wege zu einer spirituellen Begleitung Sterbender



„*Sterben, Tod und Leben*. Wege zu einer spirituellen Begleitung Sterbender“ lautet das Thema eines Kongresses, der vom 21. bis 24. November 1996 in München-Germering stattfinden wird. Rigpa organisiert dieses internationale und interdisziplinäre Treffen und bringt führende Persönlichkeiten auf diesem Gebiet zusammen wie Kenneth Ring, Abt Emmanuel Jungclaussen OSB, Sogyal Rinpoche und Daniela Tausch-Flammer.



Der Kongreß unter der Schirmherrschaft von S. H. Dalai Lama und Dame Cicely Saunders hat sich zum Ziel gesetzt, christliche und buddhistische Einsichten zur spirituellen Sterbebegleitung vorzustellen. In Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden soll gezeigt werden, wie sich Leben und Sterben mit Hilfe dieser Methoden transformieren lassen — z.B. im medizinischen Bereich, in pflegerischen Einrichtungen und in ambulanten Hospizen.



Die Schirmherren des Kongresses: Seine Heiligkeit der Dalai Lama und Dame Cicely Saunders, die als Begründerin der modernen Hospizbewegung gilt.

Vielleicht kann der Kongreß die Entwicklung einer neuen Sterbe- und Trauerkultur in Deutschland inspirieren, denn: Die meisten Menschen sterben einen einsamen Tod im Krankenhaus. Verwandte und Freunde sind hilflos, weil sie kaum Gelegenheit hatten zu lernen, wie man Sterbenden beisteht. Ein Hospizwesen wie beispielsweise im angelsächsischen Raum entwickelt sich hierzulande nur zögernd. So kann dieser Kongreß ein erster Schritt hin zu einem natürlicheren Umgang mit Tod und Sterben sein.

Ausgewählte Projekte aus aller Welt stellen ihre Arbeit an Ständen mit Hilfe von Fotos, gedruckten Informationen und anderen Medien vor. Darüber hinaus gibt es ein breit gefächertes Angebot von Informationen, Hilfsangeboten und Verkaufsständen rund um das Kongreßthema.

Anmeldung über: Rigpa Kongreßbüro, Paul-Gerhardt-Allee 34, 81245 München, Tel: 089-89620516, Fax: 089-89620558. Der Kongreßbeitrag beträgt 330 Mark, falls die Anmeldung bis zum 31.7.1996 erfolgt. (Bei Anmeldung ab 1.8.1996 sind 380 Mark zu zahlen.)

„Mythos Tibet“ — Buch über das Symposium in Arbeit

Zum Auftakt der Ausstellung „Weisheit und Liebe“ in Bonn fand ein internationales Symposium zum Thema „Mythos Tibet“ statt. In 19 Vorträgen und lebhaften Diskussionen wurde untersucht, wie die verschiedenen Vorstellungen über Tibet entstanden und sich auswirkten. Sehr interessant war ein Beitrag über das Tibetbild der Nationalsozialisten. Für sie gehörte Tibet zur Interessensphäre Großdeutschlands. Den Tibetern als „Verwandte der nordischen Rasse“ dachten die Nationalsozialisten eine Rolle bei der Beherrschung Innerasiens zu. Auch andere Themen kamen auf dem Symposium zur Sprache: die Probleme der Selbstdarstellung und Selbstidentifikation der Tibeter in der heutigen Zeit, Fragen nach dem ökologischen Bewußtsein, nach Gewaltlosigkeit und der Rolle der Frau im tibetischen Buddhismus.

Die Beiträge des Symposiums sollen im Herbst als Buch im Verlag der Buchhandlung König in Bonn erscheinen.

Ina Mayer



Foto Jörg Duckwitz

Tibetische Mönche streuen in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn ein Sandmaṇḍala. Anlaß ist die Ausstellung „Weisheit und Liebe“, 1000 Jahre Kunst des Tibetischen Buddhismus. Sie zeigt fast 200 Exponate religiöser Kunst, vor allem Thangkas und Skulpturen, und ist noch bis zum 25. August 1996 zu sehen.

„1001 Theater für die Kinder dieser Welt“

1996 besteht UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, 50 Jahre. Die Initiatoren von „1001 Theater für die Kinder dieser Welt“ möchten den Kindern einen Festivalschnee schenken. Dazu sollen in der Zeit vom 21. bis 29.9.96 auch tibetische Kinder aus dem *Tibetan Institute for Performing Arts* in Dharamsala nach Heidelberg, Jena und Berlin kommen. Konzeption, Entwicklung und Durchführung: MedienKontor GmbH, Büro 1001, Mommsenstr. 45, 10629 Berlin, Tel. 030-327 959-0, Fax 030-327 959-30/31. cr